

Die Umwälzung im katholischen Arbeiterinnenverein

Autor(en): **G. H.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Die Vorkämpferin : verfocht die Interessen der arbeitenden Frauen**

Band (Jahr): **12 (1917)**

Heft 9

PDF erstellt am: **28.04.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-351372>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

erklärt sich das Versagen auf dem Gebiete der Sozialpolitik; erklärt sich der Jammer so mancher erst halbwegs für den Klassenkampf Genonnenen: „Es nützt ja doch nichts“, „Sie könnt ja doch nütz machen“, oder wenn der eine oder andere Parteigenosse oder sogar Genossinnen beim Lesen des Berichtes gelangweilt ausrufen: „Welches sind nun die positiven Leistungen? Die rutschen nur auf ihren Sesseln herum oder unterhalten sich in den Wandelgängen des so schön gelegenen Bundeshauses!“ Daher rührt auch die Geringschätzung des Parlamentarismus in Gewerkschafts- und Frauenorganisationen. So wenige sind in der Lage, zwischen den Zeilen zu lesen und die engen Zusammenhänge zwischen wirtschaftlichem und politischem Geschehen immer und überall herauszulesen, wenn es sich nicht gerade um rein proletarische Forderungen handelt.

Es ist selbstverständliche Tatsache, daß unsere Fraktion einig und geschlossen, anregend oder initiativ vorgeht, wo es sich um Besserstellung der arbeitenden Klassen handelt, zum Beispiel Unterstützung durch den Bund bei den Folgen der Arbeitslosigkeit, Kranken- und Unfallversicherung, Fabrikgesetz, daß Motionen, die sie einreicht, im Einklang mit dem Partei- und Arbeitsprogramm stehen. Auch die Haltung zur Bundesfinanzreform ist durch Parteitagebeschuß gegeben, und nun, endlich nach langen Jahren der Auseinandersetzungen, auch die Stellung zur Militärfrage.

Schon vorher gab es fast keine Session, in der nicht über militärische Fragen gesprochen und von unserer Fraktion Opposition gemacht worden wäre; aber nicht mit grundsätzlicher Begründung, sondern aus rein taktischen Erwägungen stimmten sie den Militärausgaben nicht zu. Schon 1911 mußten selbst die gut bürgerlichen „Basler Nachrichten“ zustehen: „Die von der äußersten Linken provozierte Debatte über das Militärbudget mußte auch den militärfreundlichen Zuhörer zu der Ueberlegung anregen, ob nicht die stetsfort stark anschwellenden Militärausgaben mit der Zeit in ein Mißverhältnis zu den Einnahmen und zu den übrigen Ausgaben des Bundes geraten.“ Und in derselben Zeitung schrieb 1912 Prof. Dr. Steiger: „Wenn die stichhaltigen Argumente der Sozialdemokraten die Räte zu ernsterer und gründlicherer Ueberlegung gerade auch der nicht rein militärisch-technischen, aber um so wichtigeren damit verbundenen volkswirtschaftlichen Fragen nötigen, so ist das im Interesse des Landes auch dann zu begrüßen, wenn man im einzelnen den Sozialdemokraten nicht stets beipflichten kann. Weniger was sie sagen, als die stimulierende Wirkung ihrer Kritik auf die Räte ist richtig.“

Es wird den Herren noch unangenehmer in den Ohren klingen, wenn unsere Fraktion den grundsätzlichen Kampf gegen den Militarismus und die durch ihn veranlaßten Ausgaben aufnimmt. Leider ist hier die bisherige Fraktion nicht einig; aber die Partei wird verlangen müssen, daß Parteitagebeschlüsse auch von den Genossen im Nationalrat innegehalten werden. Ob die Wahl in den Nationalrat einzig von der Stellung zur Militärfrage soll und kann abhängig gemacht werden, möchte ich bezweifeln.

Unsere Partei kann nicht dazu gelangen, auf den Parlamentarismus zu verzichten, das wäre ein Zugeständnis von Schwäche. Schon während und ebenso nach dem Kriege bleibt das kapitalistische Ausbeutungsverhältnis nicht nur bestehen, nein es hat sich verschärft. Das bedingt verschärfter Kampf, damit die Folgen und Zustände nach dem Kriege so geordnet und geregelt werden, daß nicht die Arbeiterklasse von den Lasten erdrückt wird. Der Kampf muß also auch dort aufgenommen werden, wo die kommenden Aufgaben gelöst werden: im Bund. In den Kantonen hat die notleidende Bevölkerung bereits erkannt, welche Partei allein ihre Interessen vertritt: Bei den Kantonsrats- oder Grossratswahlen haben die Stimmberechtigten ihr Zutrauen be-

reits unseren Vertretern zugewendet. Werden auch bei den kommenden Nationalratswahlen nicht Arbeiter, Arbeiterinnen sich der Pflichten gegenüber der proletarischen Klasse bewußt, dann haben sie kein Recht zu klagen, wenn die Gegner den wirtschaftlichen und politischen Druck vergrößern.

Sorgen aber Genossen und Genossinnen jetzt schon durch Aufklärung, persönliche Propaganda dafür, daß die Kraft der Fraktion erhöht wird durch neuen, tüchtigen Zuwachs. Sorgen wir vor allem dafür, daß die Stärke und Einheit unserer Partei den gegenwärtigen Verhältnissen entsprechend zunimmt, auf daß die Masse den parlamentarischen Kampf verstärkt durch den wirtschaftlich-ökonomischen Kampf und durch Revolutionierung der Herzen und Hirne der Arbeitsschwester und -brüder und der Jugend. —ob.

Die Umwälzung im katholischen Arbeiterinnenverein.

Wer noch unlängst zu behaupten gewagt hätte, es gehe eine tiefe Umwälzung im schwarzen Arbeiterlager vor, den hätte man für verrückt gehalten und — ständen wir noch im Mittelalter — als Ketzer verbannt. Und doch ist dem so.

Betrachten wir die beiden Zeitungen: „Der Arbeiter“ und „Die Arbeiterin“, so fällt uns auf, wie im „Arbeiter“, dem Organ der Christlichen mit allen Mitteln gegen die Sozialisten gewettert wird. Ja, daß Lüge und Verleumdung von jenen, die sich als die Nachfolger Christi ausgeben, ihre „beste Waffe“ gegen uns ist. Nun hat aber „Die Arbeiterin“, das Organ der christlichsozialen Arbeiterinnenvereine, eine starke Schwenkung nach links gemacht.

Früher gab es dort keinen Kampf. „Vertrau auf Gott und laß ihn walten, er wird dich wunderbar erhalten“, war der Wahlspruch. Oder „Bet und arbeit, Gott hilft alle Zeit.“ Heute gilt bei ihnen eine andere Devise. Wie für die sozialistischen Frauen und Mütter heißt für sie die Kampfeslosung: „Gib dir selbst, so hilfst dir Gott.“ In Nr. 19 der „Arbeiterin“ lesen wir, daß in der Glühlampenfabrik Goldau Löhne bezahlt werden, von 17, 20, 22 und 25 Rappen. Ganz tüchtige langjährige Arbeiterinnen bringen es nicht über 30, höchstens auf 35 Rappen. Die Stundenlöhne für die männlichen Arbeitskräfte sind ebenfalls sehr niedrig. Endlich scheinen auch den christlichen Frauen die Augen aufzugehen, daß sie geplagte Arbeiterinnen sind, denen die schönsten Predigten und Reden nicht über die Not hinweg zu helfen vermögen. Lassen wir die katholischen Arbeiterinnen nun selber berichten, was sie dieser Ausbeutung gegenüber zu tun gedenken:

„Man beschloß nun an einer Versammlung, eine Stundenloohnerhöhung von 5 Rp. zu fordern. Es wurde eine Eingabe an die Geschäftsleitung gemacht und es fand auch eine Unterhandlung mit ihr statt. Es wurde versprochen, in den nächsten drei Zahltagen die Stundenlöhne zu erhöhen. Es ist sonst überall üblich, daß bei Lohnbewegungen die Lohnerhöhungen an alle zu gleicher Zeit von einem naheliegenden Zeitpunkte an zur Auszahlung gelangen. Um die Sache friedlich zu erledigen, war man mit diesem Vorschlag einverstanden und hoffte, daß dieses Versprechen auch gehalten werde. Nun mußte man aber die Wahrnehmung machen, daß dieses Versprechen auch nach fünf und mehr Zahltagen nicht erfüllt wurde, daß nur ganz vereinzelte die Stundenlöhne erhöht worden waren. Man wandte sich in weiteren Eingaben an die Geschäftsleitung und eine weitere Unterhandlung wurde in Aussicht gestellt, doch fand keine solche statt. Eine nochmalige Eingabe wurde gar nicht beantwortet. Erst als alle friedlichen Mittel nichts mehr fruchteten, entschloß man sich, schärfere in Anwendung zu bringen. Man verhängte die Sperre über die Firma. Nun ist auch an die Regierung des Kantons Schwyz eine Eingabe gemacht worden, sie möchte versuchen, eine Einigung in die Wege zu leiten.“

Der Erfolg ist noch abzuwarten. Es ist bemühend, sehen zu müssen, wie Unternehmungen, die glänzende Geschäfte machen und stetsfort den Betrieb durch Umbauten vergrößern, nicht einmal so viel Gegenkommen an die Arbeiterschaft zeigen, ihnen einen zum Lebensunterhalt allernötigsten Stundenlohn

zu gewähren. Die Firma leistet doch stillschweigend den von der Kriegssteuerverkommission sehr hoch angesetzten Betrag. (Man sagt von 30,000 Fr.)"

Ob die Firma alles redlich versteuert, was sie aus der Arbeitskraft dieser Frauen herausgeschunden? Fünf Rappen Lohnerhöhung pro Stunde und dann noch den Regierungsrat anrufen, — was sagst Du, Dezerin, hiezuh? Wie weit die schärferen Maßnahmen gehen sollen, wollen wir abwarten. Daß ernst gemacht wird ist sicher, aber ja nicht etwa des Lohnes wegen. Die Angst hat sie auf die Beine gebracht. Die Angst vor der roten Flut. Hören wir ihr eigenes Eingeständnis:

„Wenn man verhüten will, daß die sozialistische Bewegung sich breit macht, dann muß schon anders gehandelt werden. Auch die Zeitung eines Arbeiterinnenvereins hat ein Interesse daran, daß würdige Lohn- und Arbeitsverhältnisse geschaffen werden durch die Gewerkschaft.“

So „Die Arbeiterin“. Nun aber versteigt sich die oben genannte Firma zu noch schändlicherem Tun. Darüber berichtet wiederum das ehemals lammfromme Blatt:

„Etwas sehr Unerfreuliches müssen wir an dieser Stelle auch bemerken. In Golsbau ist ein Marienheim gegründet worden. Das ist ja sehr schön. Aber man sagt, daß die Geschäftsleitung der Glühlampenfabrik auch daran beteiligt sei. Und nun gedenkt man fremde Arbeiterinnen herankommen zu lassen. Da man heute nicht so gut Italienerinnen erhalten kann, will man es mit Tessinerinnen versuchen. Also, weil die einheimischen Arbeiterinnen einen anständigen, auskömmlichen Lohn fordern, will man einfach fremde, billige Arbeitskräfte kommen lassen, um dann die einheimischen wohl auf die Straße zu stellen. Zu anständigen Bedingungen erhält das Geschäft genügend Leute. Anstatt unwürdige Verhältnisse abzuschaffen, wäre also dieses Heim beihilflich, daß diese ungerechten Zustände weiter bestehen. Ist das christlich, entspricht dies der Enzyklika Rerum Novarum? Es ist den Insassen des Marienheims unterzagt worden, eine Gewerkschaftsversammlung zu besuchen, die doch einzig das Wohl der Arbeiterschaft dieses Betriebes im Auge haben. Hier würde eine böse Saat gestreut und die letzten Dinge könnten dann ärger werden als die ersten.“

Doch damit gibt sich die christliche Zeitung noch nicht zufrieden. Sie wird kampfeslustig, auch den Männern gegenüber. Ganz gehörig leuchtet sie ihnen heim:

„Der Krieg wird noch manche Neuerung auf allen Gebieten bringen. Wer übrigens ruhig zuschaut, wie es in unsern Männerparlamenten, die Bundesversammlung nicht ausgenommen, oft hergeht, wird vor dem Frauenstimmrecht keine Gänsehaut bekommen. Schlimmer könnte es auf keinen Fall werden!“

Recht so! Nur sollten die christlichen Schwestern ganze Arbeit machen und nicht auf halbem Wege stehen bleiben. Das aber können sie nie und nimmer. Sonst müßten sie direkt hineinschwenken in das von ihnen so sehr gefürchtete und bekämpfte rote Lager. Was eigentlich im Grunde doch das vernünftigste wäre. Geißt es doch auch für sie: Proletariat aller Länder, vereinigt euch!

G. H.

Die Notstandseingaben an den Bundesrat.

Das Schweiz. Arbeiterinnensekretariat hat am 4. August im Auftrag der Frauenkonferenzen von Rorschach, St. Gallen, Viberist und Arbon eine Eingabe an die oberste Landesbehörde gerichtet. Die einzelnen Forderungen decken sich im allgemeinen mit den Anträgen, die in der Eingabe des Schweiz. Gewerkschaftsbundes und der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz am 11. August dem Bundesrat eingereicht wurden. Diese verlangen die Verhinderung jedes weiteren Preisaufschlages der Milch, die Rationierung der Butter und der Ansetzung mäßiger Höchstpreise; die Festsetzung der Brot ration auf 500 Gramm per Tag und Kopf für erwachsene Arbeiter und der Kinder über 12 Jahren; die Versorgung

Zur Friedensdemonstration! Arbeiterfrauen und -mädchen, Mütter, auf, Sonntag, den 2. September zur Demonstration gegen

der Arbeiter mit Kartoffeln, Höchstpreise für Lehtere und für Obst sowie Verbot der Obstausfuhr; Höchstpreise für Fleisch und Fett, Rationierung und Abgabe zu verbilligten Preisen an die Notleidenden; Einführung des Viehhandels- und Kohlenmonopols. Ermäßigte Höchstpreise auf Kohlen, Holz und Torf und Rationierung dieser Produkte. Erhöhung der Wehrmannsunterstützung und der Einkommensgrenzen; Subventionierung der Arbeitslosenklassen; strenge Maßnahmen gegen die Gamsterei und die Spekulation mit Lebensmitteln und Bedarfsartikeln; Einführung des Produktionszwanges für landwirtschaftliche Erzeugnisse und die Einsetzung einer ständigen, zur Hälfte aus Arbeitervertretern bestehenden Notstandskommission durch den Bund.

Ein Hungersehrei.

Dem Arbeiterinnensekretariat ist am 16. August von einer Stickersfrau L. aus G. im Kanton St. Gallen folgender Brief zugegangen:

„Danke Ihnen sehr für die Eingabe an den Bundesrat. Wir hatten es ja schon schlecht vor dem Kriege. Es wäre höchste Zeit, daß auch für die Spezialware (An den Rändern mit Monogrammen und Blumengewinden und anderen Verzierungen bestickte Taschentücher, Kragen für Blumen, Sackettes, Mäntel usw. Die Red.) mehr bezahlt würde. Seit man Minimallöhne hat auf gewöhnliche Ware in der Handstickerei, erhalten wir fast keine Lang- und Bandware mehr. Dafür Spezialware um einen Hungerlohn und dann hat man noch die halbe Zeit gar keine Arbeit.“

Wir müssen 13 Stunden im Tag arbeiten, der Mann und ich. Ich muß den ganzen Tag bei der Stickmaschine sein und sädeln. Wenn wir meinen, wir haben vier Franken verdient, so geht fast die Hälfte ab für Rohstoffe und Abzug (wegen angeblich fehlerhafter Leistung). Dann soll man noch einen großen Maschinen- und Lokalzins zahlen. Die Herren glauben wohl, mit einem solchen Verdienst könnte man lauter billige Lebensmittel beziehen. In der Stadt St. Gallen hat eine kleine Familie mit 7 Franken Tagesverdienst und beständiger Arbeit mehr billiges Brot und Milch als wir. Spezereien erhalten wir keine billigen, nichts als anderthalb Liter Milch per Tag und zehn Brote im Monat für drei Personen. Wir haben noch ein zehnjähriges Mädchen. Für dreimal Kaffee langt die Milch nicht. Mais 300 Gramm pro Kopf im Monat, Reis 200 Gramm, muß man im Wasser kochen. Butter bekommt man keine auf dem Lande und das Kochfett auch fast nicht um 2 Fr. 90 das Pfund. Ungeschmalzene Speisen sind aber nicht für den Hunger. Sonst haben wir nichts. Kartoffeln kann ich auch keine kaufen per Pfund zu 18 Rp. Die Geld genug haben, können zentnerweise für 9 Rp. kaufen. Die Behörde meint, ein Kind sollte man erhalten können. Sie müßten denen helfen, die mehr Kinder haben. Der Pfarrer meint das gleiche, oder wir müßten halt ins Armenhaus oder eine andere Arbeit tun. Der Mann bekommt aber keine andere Arbeit. Er ist zu alt und schwach, bald sechzig Jahre alt, und ich bald fünfzig. Wir sind beide organisiert. An einer Frauenkonferenz bin ich auch schon gewesen, aber jetzt ist es mir leider nicht mehr möglich, sie zu besuchen. Wir leiden alle sehr am Schwindel. Letzten Winter war ich stark krank und mußte sechs Wochen das Bett hüten. Jetzt sollten wir noch den Arzt bezahlen und wissen nicht wie. Der Arzt sagt, wir leiden sehr an Unterernährung.“

Das Frauenstimmrecht im Kanton Zürich.

Die sozialdemokratische Fraktion des Kantonsrates hat durch Genosse Herman Greulich folgende Motion mit siebzig Unterschriften einreichen lassen:

Der Regierungsrat wird eingeladen, Bericht und An-